

**Niederschrift über die öffentliche
Sitzung des Ausschusses für Soziales**

am Montag, den 13.03.2017

im Kaspar-Hauser-Saal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	15:30 Uhr
Ende	16:45 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Ausschussmitglieder

Bucka, Markus Dr.	Vertretung für Herrn Sebastian Höhn
Fabi, Markus	
Frauenschläger, Elvira	
Homm-Vogel, Elke	
Kernstock-Jeremias, Kerstin	Vertretung für Herrn Boris-André Meyer
Raschke-Dietrich, Monika	
Sauerhöfer, Jochen	
Schoen, Christian Dr.	
Sichermann, Paul	Vertretung für Herrn Friedmann Seiler
von Blohn, Christine Dr.	

Schriftführerin

Grytz, Ute

Referenten

Nießlein, Holger

Weitere Anwesende

Frau Lender-Mieke
Herr Mayer
Herr Eschenbacher
Herr Heinrich

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Deffner, Thomas	entschuldigt
Höhn, Sebastian	entschuldigt
Meyer, Boris-André	entschuldigt
Salinger, Stefan	entschuldigt
Seiler, Friedmann	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt - Bericht Jobcenter
- TOP 2 Flüchtlinge / Betreuung und Integration
- TOP 3 Anfragen/Bekanntgaben

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Ausschusses für Soziales geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Frau OB Seidel begrüßt Frau Lender-Mieke sowie Herrn Mayer vom Jobcenter.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt - Bericht Jobcenter
--------------	---

Frau Lender-Mieke berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Der Überblick des Jobcenters gelte nur für anerkannte Asylberechtigte oder Flüchtlinge.

Frau OB Seidel bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und führt weiter aus, dass Stadt Ansbach sowie Jobcenter eng zusammenarbeiten und sich austauschen, auch in der Trägerversammlung.

Herr Mayer teilt mit, dass der B2 Sprachkurs mittlerweile auch in Ansbach angeboten werde.

Herr Dr. Bucka möchte die Punkte 1. Sprachförderung sowie 2. die Höhe des %Satzes derjenigen, die nicht integrationswillig seien, beantwortet haben:

1.

Frau Lender-Mieke antwortet, dass die Flüchtlinge erst nach Anerkennung beim Jobcenter vorsprechen. Rein rechtlich dürfe das Jobcenter nur sanktionieren, wenn der Flüchtling vom Jobcenter zum Sprachkurs verpflichtet wurde und diesen nicht abbricht. Für unentschuldigtes Fehlen gibt es keine Sanktionsmöglichkeit.

2.

Frau Lender-Mieke antwortet, dass hierzu keine Prozentzahlen vorliegen. Die Flüchtlinge seien nach dem Eindruck des Jobcenters grundsätzlich integrationswillig.

Herrn Sauerhöfer interessiert, ob auch für einen anderen Personenkreis der Führerscheinantrag gefördert werde, wenn dies für die Erreichung der Arbeitsstätte notwendig sei. Dies bejaht Herr Mayer.

Frau Homm-Vogel bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und erkundigt sich nach der Kooperation mit der IHK. Frau Lender-Mieke antwortet, dass Prüfung sowie Level für alle Prüfungsteilnehmer gleich sei. Die Flüchtlinge dürfen ein Wörterbuch während der Prüfung benutzen.

Herr Dr. Schoen spricht das schwierige Thema Wohnraumsuche an.

Herr Mayer antwortet, dass das Jobcenter bei der Erstaussstattung der Wohnung helfe. 2016 wurden 125.000 € Fördergelder gegeben. Die Kautions in Form eines Darlehens übernehme das Jobcenter, dieser Rechtsanspruch gelte für alle Personen, nicht nur für

Flüchtlinge. Die Suche nach einem geeigneten Wohnraum sei Aufgabe der Flüchtlinge selbst.

Frau Dr. von Blohn bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und möchte wissen, wo noch Engpässe vorhanden seien.

Frau Lender-Mieke antwortet, dass man froh sei, das erste Jahr so gut geschafft zu haben, die Thematik sei ständig gewachsen. Der Punkt Personal falle in die Zuständigkeit der Trägerversammlung. Frau OB Seidel ergänzt, dass das Jobcenter sehr aktiv sei, in einigen Monaten können man mehr sagen.

Frau Frauenschläger bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und möchte zu den Prozentzahlen der Erhebung aus den Kennzeichnungen der AV-Daten die dazugehörige Anzahl der Personen genannt haben. Frau Lender-Mieke fügt die Personen an:

14%, also 48 Personen besuchen die (Berufs-)Schule

17,7% , also 61 Personen warten auf den Beginn des Alphabetisierungs- oder des Integrationskurses

34,6%, also 119 Personen besuchen derzeit einen A-/I-Kurs

3,5%, also 12 Personen besuchen einen I-Kurs und parallel eine Maßnahme zur beruflichen Orientierung (KompAS)

17,2%, also 55 Personen besuchen derzeit oder warten auf einen Kurs zur berufsbezogenen Deutschförderung

3,5%, also 12 Personen besuchen derzeit oder warten auf eine Eingliederungsmaßnahme des JC

9,6%, also 33 Personen kommen aktuell für Arbeits-/Ausbildungsbemühungen in Frage (weil Kurs beendet oder eigener Wunsch)

(Die Powerpoint-Präsentation ist als Anlage beigefügt).

Dient zur Kenntnis.

TOP 2 Flüchtlinge / Betreuung und Integration

Frau OB Seidel weist darauf hin, dass sich der Fokus von der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge nun seit einiger Zeit auf die Integration verlagert habe. Was bisher in Ansbach geleistet worden sei, sei vorbildlich.

Frau OB Seidel stellt Herrn Heinrich vor. Es sei Wunsch der ehrenamtlichen Mitarbeiter gewesen, einen Ansprechpartner bei der Stadt Ansbach zu haben, der keiner Organisation zugeordnet sei und Neutralität wahre. Frau OB Seidel spricht ihren Dank und Respekt für das Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aus. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten seit Jahren kontinuierlich hervorragende Arbeit.

Herr Nießlein führt weiter aus:

1. Betreuung

Bereits im Oktober 2012 wurde die erste Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen GS in Obereichenbach von 60 Flüchtlingen bezogen.

Schon damals waren von Anfang an Ehrenamtliche, vor allem aus der Nachbarschaft, aktiv, die mit Sach- und Lebensmittelspenden und Unterstützung der Flüchtlinge in allen Lebensbelangen halfen bzw. helfen wollten.

Zum einen war hier deren Hilfe unentbehrlich, da damals die Caritas erst beauftragt werden musste und personell noch nicht in der Lage war, die Flüchtlinge professionell zu betreuen, das Sozialamt konnte dies aus Personalgründen nur eingeschränkt bewerkstelligen.

Schon damals zeigte sich aber auch, dass eine gewisse Koordination und Führung der Ehrenamtlichen unerlässlich ist. Ansprechpartner waren damals vor allem Ref. 1 und das Sozialamt.

Im November 2013 kamen Bernhardswinden, im Herbst 2014 das Reiterzentrum hinzu. Ab Belegung der Notunterkünfte Distlersaal (Dezember 2014 – März 2015) und vor allem Schalkhausen im Juli 2015, war ein massiver Anstieg des ehrenamtlichen Engagements zu verzeichnen, der sich bei Belegung der Beckenweiherhalle im November 2015 fortsetzte.

Seit 2014 war auch die Sonnenzeit aktiv mit anfangs ca. 39 Helfern (Aussage Fr. Bogenreuther vom Feb. 2015), aber auch viele andere Helfer, organisiert oder eigenverantwortlich, tätig.

Im Jahr 2015 stieg die Zahl der Flüchtlinge bundesweit rasant, in Ansbach wurden der Stadt Ansbach 2015 anfangs vier Flüchtlinge, ab August 10, im September 19 und zum Jahresende 23 Flüchtlinge wöchentlich zugewiesen. Entsprechend stieg natürlich auch die Betreuungsnotwendigkeit.

Seit Herbst 2015 findet bei der Stadt Ansbach regelmäßig ein Runder Tisch/Koordinationstreffen sämtlicher in der Flüchtlingsbetreuung tätiger Institutionen statt.

In den Haushaltsberatungen für 2016 hat der Stadtrat das Budget der Sonnenzeit wegen der vermehrten Tätigkeit im Flüchtlingsbereich von 35.000 € auf 60.000 € erhöht.

Ab März 2016 wurde von der Stadt Herr Höhn als Ehrenamtlichenkoordinator eingesetzt. Im Büro der Sonnenzeit, jedoch zuständig für alle Ehrenamtlichen, seit 01.11.2016 ist hierfür Herr Heinrich zuständig, seit Januar 2017 nicht mehr bei der Sonnenzeit, sondern von einem städtischen Büro aus tätig, jedoch weiterhin für sämtliche Ehrenamtlichen im Stadtgebiet tätig. Die Herausnahme aus der Sonnenzeit war aus mehreren Gründen zielführend, vor allem aber ist Herr Heinrich wegen seiner Neutralität bei den Ehrenamtlichen weitaus mehr akzeptiert, als ein „Sonnenzeit-Mitarbeiter“, was ihm die Vernetzungstätigkeit erheblich erleichtert.

Derzeit sind folgende helfende Organisationen bekannt: Netzwerk Ansbach hilft (871 Facebook-Follower, aktiv wohl ca. 10%), Caritas (15 Freiwillige), Diakonie (ca. 30), bei Stadt Ansbach gemeldet 73, Sonnenzeit (190 gelistet, aktiv ?), Arbeitskreis Migration und Integration (15), Kolping Kaffee für Flüchtlinge, St. Ludwig und St. Gumbertus sowie wie erwähnt die Vielzahl der nicht organisierten Helfer. Man sieht, hier ist einiges zu koordinieren!

Hervorzuheben ist, dass das ehrenamtliche Engagement auch angesichts der zurückgegangenen Flüchtlingszahlen hoch ist und sich die Tätigkeitsschwerpunkte eben auf Integration verlagert haben.

Vorgesehen ist, künftig Fortbildungsveranstaltungen (Schulungen, Vorträge) für die Ehrenamtlichen anzubieten.

Derzeit liegen 347 laufende Asylverfahren vor. 47 Personen sind geduldet, 429 anerkannt.

FIM (Flüchtlingsintegrationsmaßnahme)

Die Stadt Ansbach hat insgesamt 39 FIM Plätze mit jeweils 30 Stunden pro Woche. Zur Zeit sind insgesamt 32 Asylbewerber in FIM Maßnahmen mit unterschiedlichen Stundenzahlen im Einsatz. Die 32 Plätze teilen sich wie folgt auf:

22 Teilnehmerplätze bei externen Maßnahmenträgern,
10 Teilnehmerplätze in den einzelnen Gemeinschaftsunterkünften.

Ansbacher Aktivitätsprogramm

Um über das FIM hinaus möglichst vielen Asylsuchenden, aber auch anerkannten Flüchtlingen, die Möglichkeit zu geben aktiv zu sein, einen geregelten Tagesablauf zu haben, sowie unsere Gesellschaft und Arbeitswelt besser kennenzulernen, wurde das „Ansbacher Aktivitätsprogramm“ ins Leben gerufen. Auch möchte die Stadt Ansbach so möglichen negativen Begleiterscheinungen der Inaktivität der Flüchtlinge bis zur Entscheidung im Asylverfahren entgegenwirken. Anders als im FIM stellt das „Ansbacher Aktivitätsprogramm“ nicht nur auf „bezahlte“ Tätigkeiten ab, sondern bietet den Flüchtlingen zudem die Möglichkeit, ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Bereichen aktiv zu sein. Vereine und Organisationen sowie den hohen Wert der in unserer Gesellschaft fest verankerten ehrenamtlichen Arbeit kennenzulernen.

Zur Zeit sind 25 Personen in den einzelnen Unterkünften im Einsatz. Die Aufgaben gehen von regelmäßigen Reinigungsarbeiten bis hin zur Pflege der Außenanlage. Dies ergibt eine Gesamtstundenzahl von 260 pro Woche.

Das Problem bei FIM und dem „Ansbacher Aktivitätsprogramm“ ist, dass nur gemeinnützige Einrichtungen Stellen anbieten können. Somit fallen einige Altenheime und Kultureinrichtungen, die Stellen anbieten, weg.

Ansbach-Pakt

Fünf Partner wirken beim Ansbach-Pakt zusammen: die Stadt Ansbach, die Agentur für Arbeit Ansbach-Weißenburg, das Jobcenter Ansbach, die Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken und die Handwerkskammer für Mittelfranken. Die Unterzeichner verfolgen zwei Ziele: Zum einen den Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Handwerk in Ansbach verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten und sie umfassend über die Einsatzmöglichkeiten von Asylbewerbern, Geduldeten und anerkannten Flüchtlingen zu informieren und zum anderen Flüchtlinge unter Ausschöpfung der Ermessensspielräume im Ausländerrecht und Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten für Arbeitgeber und Flüchtlinge in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren.

Bleibt es bei der Ablehnung des Asylantrages, greift grundsätzlich die Drei-plus-Zwei-Regelung. Der betreffende Ausländer, der nunmehr eigentlich ausreisepflichtig ist, kann

seine Berufsausbildung fortsetzen und es besteht für diese Zeit ein Anspruch auf Duldung. Für den Ausbildungsbetrieb bedeutet dies eine Planungssicherheit.

Frau OB Seidel ergänzt, dass die Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung wichtig sei.

ANkommen

Der Planungsstart des Projektes war Anfang Januar 2016. Die Projektkoordination wurde der Volkshochschule, Frau Nefzger, übertragen. Die ersten Vorträge starteten am 01.03.2016. Die Zielgruppe sind alle Flüchtlinge, die in Ansbach leben, unabhängig ob sie bereits ihre Anerkennung haben oder noch im Asylverfahren stehen. Die Teilnahme ist verpflichtend. Jeder Flüchtling, der an allen sieben Modulen teilgenommen hat, erhält ein Zertifikat. Ziel dieses Projektes ist, dass die Flüchtlinge sich in Ansbach und in Deutschland besser zurechtfinden. Das Projekt gab es in dieser Form in ganz Deutschland bisher nicht. Viele Städte und Einrichtungen haben sich dafür interessiert und das Konzept angefordert. Auch der Deutsche Volkshochschulverband hat das Projekt an anderen Volkshochschulen weitergegeben. Frau OB Seidel hat das von ihr initiierte Projekt ANkommen auch beim Städtetag vorgestellt. Fördermittel wurden der Stadt Ansbach für das Projekt leider nicht zur Verfügung gestellt. Trotz vieler Bemühungen erhielt die Stadt Ansbach zur Absagen.

Die sieben Module sind:

- „Deutschland – Leben und Demokratie“
- „Recht & Gesetz“
- „Ansbach – Leben in der neuen Heimat“
- „Mensch & Gesellschaft“
- „Friedliche Koexistenz der Religionen“
- „Sicherheit im Straßenverkehr“
- „Schule, Ausbildung und Arbeit“

Frau OB Seidel ergänzt, dass das Projekt ANkommen eine eigene Maßnahme der Stadt Ansbach sei. Die Module würden immer um neue Erkenntnisse ergänzt. Es sei wichtig, dass die Flüchtlinge keine sogenannte „Stillstandzeiten“ haben.

Frau OB Seidel weist darauf hin, dass als neuestes Projekt die Schulung von Ehrenamtlichen geplant sei, z.B. um Flüchtlinge bei der Wohnungs- und Arbeitssuche besser zu unterstützen. Herr Nießlein ergänzt, dass eine Traumatisierung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer drohe.

Frau Kernstock-Jeremias bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und spricht ihren großen Dank für die Arbeit der Ehrenamtlichen aus. Frau Kernstock-Jeremias moniert das Integrationsgesetz.

Frau OB Seidel antwortet, dass von Seiten der Ehrenamtlichen viel geleistet werde. Auch die Flüchtlinge müssen ihren Beitrag leisten. Nur so gelinge die Integration. Auch die einheimische Bevölkerung müsse mit beachtet werden. Es sei wichtig, die Balance zu finden.

Dient zur Kenntnis.

TOP 3 Anfragen/Bekanntgaben

Anzahl freie Kindergartenplätze

Anfrage Herr Dr. Bucka

Herrn Dr. Bucka interessiert wie es sein könne, dass von ursprünglich 113 gemeldeten freien Kindergartenplätzen momentan nur noch vier Plätze frei sind.

Herr Nießlein antwortet, der Grund für die Diskrepanz sei, dass Eltern ihre Kinder bei verschiedenen Kindergärten angemeldet haben und es so zu Doppel- oder sogar Dreifachanmeldungen komme. Dies sei jedes Jahr dasselbe Problem. Herr Nießlein weist den TOP in die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Ute Grytz
Schriftführer/in